

## Griechenland aus der Nähe

Am Wochenende telefonierte ich mit einem Arbeitsrechts-Kollegen von der Uni in Athen. Er lebt seit einem Jahr im Ruhestand. 40 % seiner Pension hat man ihm gestrichen. Seine Frau ist Richterin; gemeinsam kommen sie über die Runden, obwohl sie natürlich auch viel weniger verdient als früher. „Aber weißt Du, es gibt Rentner, die bekommen jetzt im Monat statt 600 nur noch 400 Euro. Wie will man da leben?“

Darauf lässt sich nicht viel erwidern. Wie lange werden sich die Leute das noch gefallen lassen? „Gibt es bald Revolution?“ frage ich ein wenig naiv. Das könne man nicht so genau sagen, war seine Antwort, vielleicht in einem Jahr, vielleicht in zwei Jahren, vielleicht niemals. Die Linke ist gespalten, jeder geht seinen eigenen Weg. Man kennt das aus Deutschland. Dass der andere auch mal Recht haben könnte und die eigene Organisation Unrecht, dass man eventuell sogar voneinander lernen könne – das ist eine Grundhaltung, die man mit der Lupe suchen muss. In Griechenland wie in Deutschland. Also droht eher das totale Chaos mit marodierenden Banden als ein politischer Wandel hin zu einer Gesellschaft mit humaner Perspektive. Immerhin, eine halbe Million hat in Athen auf dem Syntagma-Platz demonstriert. Er sei auch dabei gewesen und hätte eine Gasmasken mitgebracht; das sei auch bitter nötig gewesen. Aber die Polizisten seien doch auch sauer, weil sie weniger Geld bekämen, warum sie dann so gegen die Demonstranten vorgehen würden, fragte ich. Ja, das sei schon richtig, meinte er, es hätte auch schon Demos von Polizisten gegeben. Aber wenn es um große Aktionen gehe, setze man Sondereinheiten ein, die eine satte Prämie erhalten würden.

Die Realität ist oft vielfältiger als man denkt. Die griechische Arbeitsagentur hat die Inhaber aller Geschäfte aufgerufen, Waren an Arbeitslose billiger abzugeben. Mehr als 1000 Händler haben sich angeschlossen. Wer seinen Arbeitslosenausweis zeigt, muss 10, 15 oder 20 Prozent weniger bezahlen. Manche werben mit einem Plakat „Sonderpreise für Arbeitslose“. Ihre Zahl hat sich seit Beginn der Krise verdoppelt. Alles nachzulesen unter [www.dradio.de](http://www.dradio.de). Das ist ein Stück konkreter Solidarität, „die da unten“ verbünden sich. Vielleicht macht es Schule. Entsprechendes könnte ich mir bei uns nicht recht vorstellen. Vermutlich würde man erst mal fragen, ob die Bundesagentur für Arbeit so etwas überhaupt darf, ob sie eine Zuständigkeit für einen solchen Aufruf besitzt. Wenn man das mit oder ohne Rechtsgutachten bejaht hätte: Wie

viele Händler würden dann freiwillig auf einen Teil ihrer Gewinne verzichten? Geld hat man schließlich zu haben – das lernt jeder Jurastudent spätestens im zweiten Semester.

Wann treffen wir uns mal wieder, war die Frage meines Athener Kollegen. Vor oder nach der Revolution? Vorher, meinten wir beide; es könnte sonst – vielleicht - ein bisschen lange dauern.

Fundstelle: Der Betriebsrat (dbr) Heft 11/2011 S. 3